

Mehr Christdemokratie wagen und in die Frankfurter Stadtgesellschaft tragen

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder!**

Mit dem Ausscheiden unserer Oberbürgermeisterin Petra Roth hat eine klare Zäsur in der Frankfurter Kommunalpolitik stattgefunden. Wie wenige Oberbürgermeister dieser Stadt hat Petra Roth nicht nur maßgebliche Projekte für die Zukunft Frankfurts auf den Weg gebracht, sondern mit ihrem Verständnis von liberaler, großstädtischer Stadtgesellschaft den Charakter Frankfurts als weltoffenes, internationales Zentrum über die vergangenen siebzehn Jahre maßgeblich mitgeprägt. Die Fußstapfen sind groß, die Petra Roth hinterlässt und an vielen Stellen reichen sie auch weit in die Zukunft unserer Stadt. Der Wechsel in der Stadtspitze wird daher vielfach mit der Frage des künftigen Kurses unserer Stadt verbunden.

Die Wahl von Peter Feldmann zum Oberbürgermeister Frankfurts war ein schwerer Schlag für uns als Frankfurter CDU und eine bittere Enttäuschung für unseren Spitzenkandidaten Boris Rhein. Gleichzeitig gilt jedoch, dass der Blick nach vorne gerichtet ist und wir als bestimmende politische Kraft in der Verantwortung für Frankfurt auch in den kommenden Jahren unsere Vorstellungen für die Zukunft unserer Stadt weiter umsetzen wollen und werden.

Unser Handlungs- und Gestaltungsauftrag resultiert aus der Kommunalwahl 2011, bei der die Frankfurter Wählerinnen und Wähler die Koalition aus CDU und Grünen gestärkt haben. Wir sind damals mit der klaren Aussage in den Wahlkampf gezogen, die erfolgreiche schwarz-grüne Koalition in Frankfurt fortzusetzen und noch immer besitzt diese Koalition eine klare Mehrheit in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Die inhaltlichen Schwerpunkte für die kommenden Jahre sind im Koalitionsvertrag festgelegt und stellen die Sicherung Frankfurts als soziale Stadt genauso heraus wie den Ausbau des Wirtschaftsstandortes, dessen Stärke letztlich die Basis für kommunale Investitionen in Bildung, Wohnen, Kultur und Mobilität darstellt.

Diese Ausgewogenheit eines wirtschaftlich starken und sozialen Frankfurts weiterhin sicherzustellen, bleibt das Kernanliegen für die kommenden Jahre.

Hierauf fußt die Priorisierung im Ausbau unserer Bildungseinrichtungen. Wir wollen Frankfurt weiter zur führenden Familienstadt in Deutschland ausbauen mit genügend Betreuungsplätzen für Kinder in den unterschiedlichen Altersgruppen, mit attraktiven Schulen und der wichtigen Verknüpfung von sozialpädagogischen Angeboten der Jugendhilfe und schulischen Betreuungsformen.

Wir wollen wohnungspolitisch dafür sorgen, dass ausreichend Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung gestellt wird. Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen einer wachsenden Stadt ist die Realisierung bereits ausgewiesener Baugebiete, Nachverdichtung im Bestand, die Umwidmung von Büroflächen in Wohnungen und der Ausweis neuer Wohnbauflächen in den kommenden Jahren zügig anzugehen. Gerade in der Nachverdichtung und im Ausweis neuer Wohnbauflächen liegen sicherlich die größten Konfliktpotenziale in der öffentlichen Diskussion, doch wird man den Herausforderungen einer wachsenden Stadt mit dem damit verbundenen wachsenden Druck auf den Wohnungsmarkt anders kaum gerecht.

Wir wollen sozialpolitisch, dass die Anliegen aller Bevölkerungsgruppen auch weiterhin Gehör in Frankfurt finden und dass das soziale Netz, das diese Stadt auszeichnet, weiter gerecht gewebt bleibt.

Die Teilhabe am öffentlichen Leben über den Frankfurt Pass, eigene Beschäftigungsaktivitäten mit dem Frankfurter Weg, stadtteilbezogene Projekte der aktiven Nachbarschaft, ein würdevolles und möglichst selbstbestimmtes Leben im Alter, eine barrierefreie Stadt, die auch in den Köpfen Schranken gegenüber Menschen mit Behinderungen weiter abbaut, sind Zielsetzungen einer Sozialpolitik, die über Jahrzehnte parteiübergreifend Bestand hat und Frankfurts Charakter als soziale Stadt auch weiterhin ausmachen soll.

Wir wollen Frankfurt als Mosaik seiner Stadtteile weiterhin eng mit den Menschen zusammen fortentwickeln. Gerade dort, wo die Frankfurterinnen und Frankfurter zu Hause sind, braucht es Ankerpunkte der Identifikation, so dass sich Stadtentwicklung maßvoll vollziehen muss. Die weitere bauliche Aufwertung der Stadtteile werden wir daher auch in den kommenden Jahren in enger Kommunikation mit den Menschen vor Ort vollziehen.

Wir wollen als identitätsstiftendes Element einer urbanen Gesellschaft die Kultur auch weiterhin in ihrer Qualität sichern und den bestehenden kulturellen und kulturgeschichtlichen Reichtum Frankfurts mit neuen Akzenten wie z.B. dem Romantikmuseum versehen.

Wir wollen den Wirtschafts-, Arbeitsplatz- und Investitionsstandort Frankfurt weiter ausbauen. Hierzu zählt bei allen Bemühungen um die Milderung der Auswirkungen zusätzlichen Verkehrswachstums gerade auch das Bekenntnis zum Frankfurter Flughafen als wirtschaftlicher Motor und damit Herzmuskel der gesamten Region FrankfurtRheinMain. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Stadt zählt neben der Festigung des Finanzplatzes auch das Engagement für den Industriestandort, auf dessen Belange im Spannungsfeld einer stark besiedelten Stadt besonders geachtet werden muss. Frankfurt muss auch in den kommenden Jahren wirtschaftlich breit aufgestellt bleiben, um auch die finanziellen Ressourcen erwirtschaften zu können, die für die Sicherung einer leistungsfähigen Infrastruktur in allen Bereichen notwendig sind.

In Zeiten knapper Kassen müssen wir sicherstellen, dass wir Frankfurts finanzielle Handlungsfähigkeit auch für kommende Generationen sichern. Die Schaffung dauerhaft auch finanziell tragfähiger Strukturen liegt im Interesse aller. Wir werden Frankfurt weiterhin positiv entwickeln und müssen dabei allerdings auch den Mut haben, Standards neu zu definieren, Ansprüche zurück zu nehmen und mit weniger im Hier und Jetzt zufrieden zu sein, um eben dauerhaft eine positive Entwicklung Frankfurts aktiv gestalten zu können.

Für Frankfurt als internationalste Stadt in Deutschland wird auch mit Blick auf die demografische Entwicklung der kommenden Jahre die Frage einer noch aktiveren Integrationspolitik eines der Zukunftsthemen für das weiterhin friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Nationen in Frankfurt sein. Der erstarkende Salafismus muss uns zum Nachdenken über eine notwendige Fortentwicklung des bestehenden Integrationskonzeptes führen, wenn gerade jüngere Menschen, die hier in Frankfurt aufgewachsen sind, für extremistische Strömungen empfänglich werden. Gleichzeitig sollten wir Frankfurter, die über Jahre oder gar Jahrzehnte in unserer Stadt integriert und ggf. sogar bereits eingebürgert sind, in ihren Anliegen nicht auf ihren Migrationshintergrund reduzieren, wodurch sie sich heute oftmals nur als Aufgabenfeld eines einzelnen Amtes oder Dezernates begriffen sehen.

Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Peter Feldmann

Auf diesem Kurs ist auch eine gedeihliche Kooperation mit dem neuen Oberbürgermeister vorstellbar. Dort, wo sich dessen Vorstellungen mit den Prioritäten und Zielen unserer schwarz-grünen Koalition decken, ist eine inhaltliche Zusammenarbeit möglich. Dort, wo sich dessen Vorstellungen gegen das Wohl der Stadt richten, wo sich unterschiedliche Vorstellungen nicht verbinden lassen, besitzt Schwarz-Grün auch weiterhin die notwendigen Mehrheiten, um eine zukunftsgerichtete Politik in der Verantwortung für Frankfurt zu gestalten. Schon jetzt zeigt sich etwa bei seiner Unterstützung für die Besetzung der innerstädtischen Grünanlagen durch Occupy, dass Herr Feldmann der Gesamtverantwortung für unsere Stadt nicht gerecht zu werden scheint.

Frankfurt braucht eine starke Führung, um auch in den kommenden Jahren eine positive Entwicklung zu nehmen, um für die Bürgerinnen und Bürger eine attraktive Heimat zu bleiben, um im Wettbewerb mit den übrigen Metropolen in Europa bestehen zu können und um als Wohn-, Arbeits- und Investitionsstandort attraktiv zu bleiben.

Frankfurt hat eine starke CDU, die eine erfolgreiche Koalition mit den Grünen führt und damit die Geschicke der Stadt maßgeblich bestimmt. Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft Frankfurts und ich möchte diese in der Führung unserer Koalition umsetzen.

Es liegt am künftigen Oberbürgermeister, eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Koalition als Chance für die Stadt zu begreifen. Die schwarz-grüne Koalition wird keine Obstruktion der Obstruktion wegen betreiben. Wir stehen in der Verantwortung für Frankfurt und sind gut beraten, dem künftigen Oberbürgermeister die Hand zur Zusammenarbeit zu reichen. Er selbst muss schnell aus den immer noch schwammigen Konturen der von ihm bisher skizzierten Politik ein umsetzbares und finanzierbares Konzept entwickeln, das wiederum sein Angebot an die Koalition darstellen kann, inhaltlich zueinander zu finden. Es ist unserer großartigen Heimatstadt zu wünschen, dass Herr Feldmann ein guter Oberbürgermeister wird, der die Interessen Frankfurts engagiert vertritt.

Für uns wird an jeder Stelle das Wohl der Stadt die Messlatte dafür sein, ob Wege gemeinsam beschritten oder alleine von der Koalition festgelegt werden.

Für uns sind die gemeinsam mit den Grünen formulierten Vorstellungen für die Zukunft Frankfurts die Richtschnur einer Kooperation, die eine Hereinnahme der SPD in ein größeres Bündnis ausschließt. Für mich steht außer Zweifel, dass die Frankfurter SPD noch immer inhaltlich und personell kein überzeugendes Bild bietet, auch wenn der zurückliegende Wahlerfolg dies in den Hintergrund hat treten lassen.

Doch auch der zurückliegende Austritt von Herrn Ochs offenbart den Zustand der Frankfurter SPD mehr als deutlich. Hier verharrt eine Partei noch immer in der Beschäftigung mit sich selbst und bleibt gegenüber den Herausforderungen unserer Stadt die notwendigen Antworten schuldig.

Positionierung der CDU in der schwarz-grünen Koalition

Frankfurt hat eine positive Zukunft vor sich, wenn wir die Weichen weiter richtig stellen.

Dazu gehört natürlich auch, dass wir unsere Politik auch gegenüber dem Koalitionspartner - den Frankfurter Grünen - klar zur Geltung bringen.

Wir führen eine erfolgreiche Koalition, die gerade auch von hohem, persönlichem Vertrauen der politisch Handelnden geprägt ist. Dieses gegenseitige Vertrauen schafft stabilere Strukturen als jeder Koalitionsvertrag dies vermag. Dennoch liegen zwischen uns und den Grünen natürlich an einer ganzen Reihe von Stellen inhaltliche Unterschiede, die wir als Partei auch klar benennen können und müssen.

Dieses darf natürlich nicht in einer Weise geschehen, die grundsätzlich die Koalition oder die erfolgreiche Arbeit im Römer in Frage stellt, jedoch müssen wir den Menschen schon erklären, welche Politik eine CDU eigenständig praktizieren würde und wo wir uns um Kompromisse bemühen, um Mehrheiten für die gemeinsame Politik zu erreichen.

Vorstellungen der Grünen in der Festschreibung von Stadtteilstrukturen über sogenannte Milieuschutzsatzungen zeigen einen deutlich staatsdirigistischen Ansatz, der unseren freiheitlicheren Vorstellungen widerspricht. In der Bildungspolitik steht auf Landesebene noch immer die rot-grüne Vorstellung der Einheitsschule unserem Verständnis der Förderung unterschiedlicher Neigungen und Potenziale im Rahmen des mehrgliedrigen Schulwesens entgegen. Und in der Verkehrspolitik zeigen nicht erst die jüngsten Aussagen

der neuen Umweltdezernentin, dass nur wir als CDU für das Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsmittel eintreten. Anders als manch grüne Vorstellung wollen wir die Menschen mit einem attraktiven Öffentlichen Nahverkehr zum Umsteigen auf Bahnen und Busse motivieren und nicht den Autofahren in unserer von Mobilität geprägten Stadt das Autofahren vermiesen.

Dies sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, dass wir als CDU sehr klar unsere Vorstellungen einer verantwortlichen Großstadtpolitik auch in einer deutlichen Akzentuierung gegenüber den übrigen politischen Mitbewerbern den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln können.

Mehr Christdemokratie wagen

Wir besitzen als Frankfurter CDU ein klares Wertefundament, von dem aus wir unsere Politik ableiten. „Mehr Christdemokratie wagen“ ist dabei mein Leitsatz für die Ausgestaltung und Vermittlung unserer Politik in den kommenden Jahren.

Wie ich dies bereits beim Kreisparteitag im Februar dieses Jahres formuliert habe, sind wir als CDU nicht die Summe von tagespolitischen Einzelentscheidungen,

CDU ist das gemeinsame Verständnis darüber, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen.

Wir sind Volkspartei, nicht weil wir dies an der Frage von 30 Prozent oder 40 Prozent Wahlergebnissen festmachen, sondern weil wir uns als Partei verstehen, die für die Interessen aller einzustehen hat.

Wir sind nicht die Partei einer einzelnen Bürgerinitiative, unsere Bürgerinitiative vor Ort heißt Frankfurt am Main, weil wir in der Verantwortung für alle Frankfurterinnen und Frankfurter Politik machen.

Das heißt nicht, dass wir es allen Recht machen können, aber für alle Verantwortung tragen!

Und dies tun wir nicht im ungewissen, sondern auf einem festen Fundament, dessen wir uns öfter gewisser sein sollten und dies auch den Menschen vermitteln müssen.

Das Fundament unserer Politik als CDU ist der Wertekanon unseres christlich-jüdisch geprägten abendländischen Gesellschaftssystems. Und dieses ist aus meiner Sicht so aktuell wie eh und je. Daraus lässt sich nach wie vor unsere Politik ableiten und der Unterschied zu anderen Parteien herausarbeiten.

Wenn wir von der Bewahrung der Schöpfung sprechen, dann leitet sich daraus unser Bild einer gesunden Umwelt, eines schonenden Umgangs mit den Ressourcen der Natur und unser Engagement für das Leben ab.

Wenn wir von Nächstenliebe sprechen, dann baut darauf unser Verständnis einer solidarischen Gesellschaft auf, in der zunächst der Einzelne Verantwortung für sich selbst zu tragen hat und die Gemeinschaft dort Hilfe und Unterstützung leistet, wo diese notwendig ist. Subsidiarität in der Sozialpolitik ist Ausdruck dieses Verständnisses bis hinein in die Zuschuss- und Förderpolitik.

Wenn wir von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sprechen, dann schließt dies neben der Sorge um eine gesunde Umwelt und um eine sozial gerechte Gesellschaft auch Generationengerechtigkeit im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik ein, die Lasten nicht alleine auf nachkommende Generationen verteilt.

Wenn wir von Freiheit und Offenheit reden, dann schließt dies die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen und gleichsam Rücksichtnahme auf die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens ein.

Die Übersetzung dieser Werte ins 21. Jahrhundert - in konkrete Politik - bedeutet allerdings auch, dass wir sie in den Zusammenhang einer eben auch komplexer, heterogener und bunter gewordenen Gesellschaft stellen müssen, in der die unterschiedlichsten Lebensentwürfe - gerade in einer Großstadt wie Frankfurt - im Rahmen von Freiheit und Verantwortung Platz haben müssen und sollen.

Weil wir aber eine breite, gemeinsame Basis haben, können wir auch am überzeugendsten unsere Politik einer solidarischen Bürgergesellschaft daraus ableiten.

Ich glaube sogar, dass wir auch für Menschen anderen Glaubens und anderer Nationalität deshalb attraktiv sind und noch attraktiver werden können, weil wir ein klares Fundament besitzen, das unter dem „C“ nicht ausschließt, sondern einlädt. Frankfurt ist die

internationalste Stadt in Deutschland und lebt seit jeher von dieser Vielfalt. Und auch als Partei profitieren wir davon, wenn Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen ihren Weg zu uns finden und wir gerade auf unserem Wertefundament in Offenheit und Toleranz dies als Bereicherung auch für die CDU begreifen. Und umgekehrt wird unsere Politik gerade deshalb von Menschen anderer Ausrichtung oder Herkunft geschätzt, weil sie dieses Verständnis nicht nur als Worthülsen gebraucht, sondern als Kompass der eigene Politik begreift. Denn ohne diese Klarheit wird aus Toleranz schnell Gleichgültigkeit und aus Offenheit Beliebigkeit und dies ist für niemanden attraktiv.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit unserem Verständnis von Politik auch die Frankfurterinnen und Frankfurter noch stärker von unseren Zielen und unserem Handeln überzeugen können - in der Verantwortung für Frankfurt.

Noch besser aufgestellt können wir noch besser werden

Wir sind als Frankfurter CDU eine starke Partei, die auch organisatorisch großstädtisch aufgestellt ist und über ihre Vereinigungen, Sonderorganisationen und weitere Gruppen die gesellschaftliche Breite Frankfurts abdeckt. Nur gemeinsam bleiben wir stark und werden wir noch stärker. Von der Schüler Union über die Junge Union, den RCDS, bis hin zu Senioren-Union und Frauen-Union vertreten wir die Interessen aller Altersgruppen unserer Bevölkerung gerade auch im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Mit MIT und CDA gelingt uns ein gesellschaftliches Gleichgewicht, das unser Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen erfolgreich fortentwickelt. Mit OMV, EAK, Wirtschaftsrat und LSU sprechen wir weitere gesellschaftliche Gruppen aktiv an und laden sie zum Dialog mit der CDU ein.

Eine gute Arbeit noch besser zu machen, sollte uns allerdings auch auf diesen unterschiedlichen Feldern anspornen, darüber nachzudenken, wie wir die gemeinsame Arbeit noch stärker ausgestalten und vernetzen können, wie wir weitere Menschen erreichen und von unseren Ideen überzeugen und damit für uns gewinnen können.

Von der Arbeit des Kreisvorstandes über die inhaltliche Arbeit unserer Arbeitskreise bis hin zum Engagement in den Stadtbezirksverbänden gibt es aus meiner Sicht gute Möglichkeiten, noch schlagkräftiger zu werden.

Denn zu einer guten Politik gehört auch, dass wir den Menschen zuhören, mit ihnen sprechen, ihnen unsere Vorstellungen vermitteln und konstruktiv kritisch auch mit uns selbst umgehen. Ich möchte eine noch lebendigere und noch diskussionsfreudigere Frankfurter CDU und die Menschen dafür gewinnen.

Dazu gehört allerdings auch, dass wir unsere Frankfurter CDU noch engagierter in der Frankfurter Stadtgesellschaft verankern müssen.

Die Präsenz unserer Mandatsträger aus Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, den Ortsbeiräten und Ortsbezirken aber auch die Präsenz jedes einzelnen Mitgliedes in der Öffentlichkeit wird gerade vor dem Hintergrund der weggefallenen CDU-Präsenz an der Spitze unserer Stadtregierung von erheblicher Bedeutung in den kommenden Jahren sein.

Viele von uns sind ehrenamtlich in Vereinen, Institutionen, Verbänden oder im nachbarschaftlichen Umfeld tätig, sind Mitglied in Kirchengemeinden, Gewerkschaften oder bringen ganz einfach Zeit für die oder den Nächsten auf. Diese breite Präsenz von Menschen, die unsere politischen Überzeugungen teilen, hat in den zurückliegenden Jahren die Stärke der CDU mit ausgemacht und ich möchte diese vor Ort noch weiter ausbauen. Vom Kontakt zu den Vereinen in den Stadtteilen bis hin zur Vertretung in Gremien des oftmals als „vorphilosophischer Raum“ begrifflich eng gefassten Verständnisses von gelebter Stadtgesellschaft möchte ich das Engagement von Mitgliedern unseres Kreisverbandes weiter befördern. Ich möchte dadurch gerade auch neue Menschen für die Frankfurter CDU gewinnen, als neue Mitglieder oder Sympathisanten bzw. Freundinnen und Freunde der Frankfurter CDU.

Über all diese Themen möchte ich mit Ihnen - mit den Mitgliedern der Frankfurter CDU - im Rahmen von sechs Regionalkonferenzen sprechen, die jeweils in den räumlichen Grenzen der einzelnen Landtagswahlkreise stattfinden werden. Der Kreisvorstand wird sich im Anschluss an die Regionalkonferenzen bis Ende des Jahres im Rahmen einer Klausur mit den Ergebnissen der Regionalkonferenzen beschäftigen und dort wo geboten die notwendigen Weichenstellungen vollziehen.

Wir sind eine stolze und starke Frankfurter CDU. Ich möchte uns noch stärker machen.

Ich lade Sie daher ganz herzlich zu den Regionalkonferenzen ein und würde mich über eine rege Teilnahme freuen.

Die einzelnen Termine der Regionalkonferenzen lauten wie folgt:

- Wahlkreis 38** **Dienstag, 28. August 2012** **19:30 Uhr**
Bürgerhaus Bornheim, Arnsburger Str. 24, Clubraum 1
(Bornheim, Nordend, Ostend)
- Wahlkreis 35** **Montag, 10. September 2012** **19:30 Uhr**
Saalbau Titusforum, Walter-Möller-Platz 2 (Nordwestzentrum), kleiner Saal
(Bockenheim, Heddernheim, Kuhwald/Rebstock, Nordweststadt/
Niederursel, Praunheim/Westhausen, Rödelheim/Hausen/Industriehof)
- Wahlkreis 39** **Donnerstag, 13. September 2012** **19:30 Uhr**
Saalbau Nidda, Harheimer Weg 18-22 (Bonames), Clubraum 1+2
(Bergen-Enkheim, Fechenheim, Frankfurt Nord-Ost, Harheim, Kalbach/
Riedberg, Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach, Riederwald, Seckbach)
- Wahlkreis 36** **Donnerstag, 20. September 2012** **19:30 Uhr**
Saalbau Gallus, Frankenallee 111, Seminarraum 2
(Dornbusch, Eschersheim, Gallus/Gutleut, Ginnheim, Innenstadt, Westend)
- Wahlkreis 34** **Donnerstag, 27. September 2012** **19:30 Uhr**
Saalbau Griesheim, Schwarzerlenweg 57, Clubraum 2
(Griesheim, Höchst/Unterliederbach, Nied, Sindlingen, Sossenheim,
Zeilsheim)
- Wahlkreis 37** **Montag, 8. Oktober 2012** **20:00 Uhr**
Saalbau Depot Oberrad, Offenbacher Landstraße 357, Clubraum 2+3
(Frankfurt-Sachsenhausen, Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen,
Schwanheim/Goldstein)

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Becker
Kreisvorsitzender